

**N I E D E R S C H R I F T**

**zur 25. Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016**

**am Donnerstag, den 15.05.2014.**

**Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr                      Sitzungsende: 22:10 Uhr**

**Anwesend:**

**CDU-Fraktion**

Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Konrad Ammenhäuser, Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel (bis 22.00 Uhr), Manfred Möller, Rainer Pfeffer, Hilmar Stahl

**SPD-Fraktion**

Kurt Barth (Vorsitzender der Gemeindevertretung). Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Rolf Hintermeier, Andreas Kaletsch, Siegfried Koch, Karl-Heinz Kraft, Helmut Paulsen (bis 22.00 Uhr), Jürgen Rabenau

**Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Reinhard Ahrens, Frank Nowak

**FDP-Fraktion**

Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender)

**Fraktion Freie Bürgerliste Weimar**

Hans Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender), Martina Klein, Winfried Laucht, Erika Zeman

**Anwesende des Gemeindevorstandes:**

Bürgermeister Peter Eidam, die Beigeordneten Thomas Nuhn (I. Beigeordneter), Elisabeth Wege, Reinhard Karber, Reiner Sauer, Andreas Tauche. Frank Dieffenbach, Helmut Wenz

**Entschuldigt fehlten:**

Alexander Steiß und Helge Fuhr

**Schriftführerin:**

Rita Rohrbach

**Tagesordnung:**

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2. **Bericht aus dem Gemeindevorstand;  
Mitteilungen des Bürgermeisters**
3. **Friedhofsordnung;  
hier: I. Nachtrag zur Friedhofsordnung vom 07.12.2009  
11/7/2014/11-16**
4. **Gebührenordnung zur Friedhofsordnung;  
hier: II. Nachtrag zur Gebührenordnung zur Friedhofsordnung**

11/8/2014/11-16

5. **Antrag der SPD-Fraktion vom 05.03.2014 bezüglich einer fortlaufend zu führenden Sachstandsdarstellung zum Bearbeitungsstand der Beschlüsse des Gemeindeparlamentes der Gemeinde Weimar (Lahn)**  
11/12/2014/11-16
6. **Neuwahl von zwei Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Weimar (Lahn) I**  
31/33/2012/11-16 1. Ergänzung
7. **Bürgerbus**  
30/3/2014/11-16
8. **Kindergartenplanung ab Sommer 2014**  
11/16/2014/11-16
9. **Neufassung der Verwaltungskostensatzung**  
10/1/2014/11-16
10. **Antrag des Gemeindevertreters Kurt Barth vom 28.04.2014 betreffend „Resolution zur geplanten Übertragung der Kommunalaufsicht auf die Regierungspräsidien“**  
11/17/2014/11-16
11. **Anfragen**
12. **Verschiedenes**

#### **Inhalt der Verhandlungen:**

##### **1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, eröffnete um 20.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung, des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Eidam, die Schriftführerin sowie den Vertreter der Presse, Herrn Agricola.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Alle 23 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter waren anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig war.

Der Vorsitzende teilte mit, dass es einen Wechsel hinsichtlich des Vorsitzenden des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses gegeben habe und dass Herr Dr. Christian Dittrich in der letzten Sitzung des Ausschusses zum Vorsitzenden gewählt wurde. An dieser Stelle dankte Herr Kurt Barth dem langjährigen Vorsitzenden des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herrn Möller, für seine Tätigkeit und wünschte Herrn Dr. Christian Dittrich für seine Arbeit alles Gute.

Weiterhin gratulierte Herr Barth folgenden Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern nachträglich zum Geburtstag: Frau Lydia Schneider, Herrn Winfried Laucht, Herrn Manfred Möller, Herrn Helmut Wenz, Herrn Stephan Wenz und Herrn Reiner Sauer.

##### **2. Bericht aus dem Gemeindevorstand; Mitteilungen des Bürgermeisters**

1. Beschluss, das Verfahren der Einziehung des Wegerechts für den Antrag von L. Wege einzuleiten.

2. Beschluss, dass der Bewuchs auf der kommunalen Fläche an der Kirchenmauer Niederwalgern durch die Gemeinde entfernt wird, damit sie im Auftrag der Kirche untersucht werden kann.
3. Beschluss, der Befreiung (Wohnhausneubau, „Am Heier“, OT Roth) zuzustimmen. Der geplante Kniestock wird 1,00 m nicht überschreiten.
4. Beschluss, der Gemeindevertretung zu empfehlen, die Einrichtung des Bürgerbusses über den 31.12.2014 hinaus für weitere drei Jahre aufrecht zu erhalten (Genehmigungsvorbehalt Regierungspräsidium).
5. Beschluss,
  1. den Auftrag für die Erstellung der Leistungsverzeichnisse (Leistungsphase 6, Vorbereiten der Vergabe nach § 34 HOAI) an das Ing.-Büro Gröning, Kirchhain; zum vorläufigen Honorarangebot in Höhe von Brutto 3.780,80 € zu erteilen.
  2. dass in Abweichung von der Dienstanweisung über das Vergabewesen vom 11.11.2008 die Vergabe der einzelnen Gewerke unter Beachtung der Verdingungsordnung für Bauleistungen und des Hessischen Vergabegesetzes die Durchführung beschränkter Ausschreibungen erfolgen kann.
6. Beschluss zur Erstellung einer Gemeindechronik mit dem Titel „Die Entstehung der Gemeinde Weimar (1971 bis 1974)“. Der Redaktionsrat Weimar (Lahn) übernimmt die ihm nach § 1 seiner „Satzung“ obliegenden Aufgaben. Der Geschichtsverein Weimar (Lahn) übernimmt zunächst als „Vorfinanzierung“ der Druckkosten einen Betrag in Höhe von ca. 3.000,00 €.
7. Beschluss, dem Abweichungsantrag (Errichtung eines Wintergartens im OT Argenstein) zuzustimmen.
8. Beschluss, der Gemeindevertretung zu empfehlen, die Neufassung der Verwaltungskostensatzung in der von der Gemeindeverwaltung vorgelegten Form zu beschließen.
9. Beschluss des Gemeindevorstandes,
  1. dass die kommunalen Kindergärten gemäß des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 04.07.2013 täglich von 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr geöffnet bleiben. Die derzeit bestehenden Angebotsformen werden beibehalten. Vor der Inbetriebnahme der zentralen Einrichtung zur Betreuung der Kinder vom 1. bis zum 3. Lebensjahr ist eine erneute ergebnisoffene Evaluierung durchzuführen.
  2. Die Kindergartengebühren werden mit Beginn des Kindergartenjahres 2014/2015 aufgrund der Tarifierungsanpassung gemäß der beiliegenden Anlage angepasst.
  3. Die Gemeindevertretung möge ihren Beschluss vom 04.07.2013 bestätigen im Hinblick auf die Umwandlung der befristeten Arbeitsverhältnisse in unbefristete Arbeitsverhältnisse gemäß der beigefügten Anlage.
  4. Aufgrund der Evaluierung zum 01.03.2014 soll für das Kindergartenjahr 2013/2014 auf die Vorlage weitergehender Kindergartenberichte verzichtet werden. Die Gemeindevertretung wird hierzu um Zustimmung gebeten.

10. Ein erster Termin zur Erstellung des neuen Regionalen Entwicklungskonzeptes habe stattgefunden. Nächste Termine seien bekannt gegeben mit den verteilten und jedem Parlamentarier vorliegenden Unterlagen. Er bat, an den weiteren Terminen zur Ideenfindung teilzunehmen.
11. Bezüglich der Genehmigung des vorgelegten Haushaltsentwurfes liege von Seiten der Kommunalaufsicht bisher keine Rückmeldung vor.

**3.****Friedhofsordnung;****hier: I. Nachtrag zur Friedhofsordnung vom 07.12.2009**

Drucksache: 11/7/2014/11-16

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Dr. Dittrich, berichtete von den Beratungen im Ausschuss und von der Notwendigkeit, über neue Bestattungsformen nachzudenken und entsprechend anzubieten. Dazu gehöre z. B. die Möglichkeit der Bestattung von sogenannten Sternenkindern.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) erklärte, dass es für seine Fraktion 2 Punkte gebe, die einer weiteren Beratung bedürften. Das seien im § 14 die Punkte g) und h) und im § 25 a), wo die Möglichkeit dieser Bestattungsart (Urnen-Wiesengrabstätten und Grabfeld zur Sammelbestattung für totgeborene Kinder und Föten) nur auf dem Friedhof in Niederweimar angeboten werden solle.

Der Vorschlag seiner Fraktion sei, zunächst die vorgesehene Besichtigung aller Friedhöfe in der Gemeinde abzuwarten und sich hierdurch einen Überblick über die Örtlichkeit zu verschaffen, um danach entscheiden zu können, auf welchen Friedhöfen diese zuvor genannte Bestattungsart angeboten werden können. Er stellte den Antrag, die Beschlussfassung zurückzustellen, evtl. bis nach den Sommerferien.

Herr Winfried Laucht (FBW) entgegnete, dass es für die Gemeinde, hauptsächlich in Bezug auf den neuen Friedhofsteil im OT Niederweimar, wichtig sei, Planungssicherheit zu bekommen. Seine Fraktion spreche sich daher für eine Beschlussfassung in dieser Sitzung aus.

Auch Frau Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) führte aus, dass sie für eine Beschlussfassung in dieser Sitzung seien, evtl. notwendig werdende Änderungen könnten zu einem späteren Zeitpunkt problemlos vorgenommen werden.

Sodann ließ der Vorsitzende der Gemeindevertretung über den Antrag der SPD-Fraktion auf Aussetzung der Beschlussfassung abstimmen:

Die Gemeindevertretung beschließt, über den vorliegenden Tagesordnungspunkt in einer späteren Sitzung (evtl. direkt nach der Sommerpause) abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen.  
Damit ist der vorliegende Antrag abgelehnt.

Es folgte die Abstimmung über den vorliegenden Tagesordnungspunkt.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt den I. Nachtrag zur Friedhofsordnung der Gemeinde Weimar (Lahn) in der von der Verwaltung mit Vermerk vom 29.04.2014 vorgelegten Form.

**Beratungsergebnis:** 15 Ja-Stimmen, 8 Stimmenthaltungen

**4. Gebührenordnung zur Friedhofsordnung;  
hier: II. Nachtrag zur Gebührenordnung zur Friedhofsordnung**

Drucksache: 11/8/2014/11-16

Auch hier berichtete der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses von den Beratungen in der Sitzung und der Notwendigkeit einer weiteren Gebührenanpassung aufgrund der Vorgaben der Kommunalaufsicht. Der Ausschuss empfehle jedoch, die zu beschließende Gebührenordnung nicht bereits am 31.12.2014, sondern am 31.12.2015 außer Kraft treten zu lassen, da bis dahin Zahlen vorlägen, die Aussagen über den Deckungsgrad und die Höhe der inneren Verrechnungen zuließen. Auch sei über die Kosten für das Ausheben und Schließen einer Grabstelle für die Sammelbestattung von totgeborenen Kindern und Föten diskutiert worden.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) stellte den Änderungsantrag, die im § 7 (Bestattungsgebühren) aufgeführte Position im Absatz 2 Nr. 3 (Ausheben und Schließen einer Grabstelle für die Sammelbestattung von totgeborenen Kindern und Föten) von vorgesehenen 500 auf 315,-- € abzusenken und damit der Position im Absatz 2, Nr. 2 (Ausheben und Schließen eines bestehenden Grabes) anzupassen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ließ sodann über den vorgenannten SPD-Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen

Damit ist über den Antrag positiv beschieden worden.

Danach schloss sich die Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt mit der Empfehlung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses an:

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt den II. Nachtrag zur Gebührenordnung zur Friedhofsordnung der Gemeinde Weimar (Lahn) mit den Änderungen des Artikels III (Außerkräfttreten der Satzung am 31.12.2015). Der im Entwurf im § 7 (Bestattungsgebühren), Abs. 3 genannte Betrag in Höhe von 500,-- € für das Ausheben und Schließen einer Grabstelle für die Sammelbestattung von totgeborenen Kindern und Föten wird auf 315,-- € reduziert.

**Beratungsergebnis:** 22 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

**5. Antrag der SPD-Fraktion vom 05.03.2014 bezüglich einer fortlaufend zu führenden Sachstandsdarstellung zum Bearbeitungsstand der Beschlüsse des Gemeindeparlamentes der Gemeinde Weimar (Lahn)**

Drucksache: 11/12/2014/11-16

Herr Dr. Christian Dittrich, Vorsitzender des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, berichtete über die Beratungen im Ausschuss und dass von Seiten des Bürgermeistes darauf aufmerksam gemacht wurde, dass eine

aufwendige Sachdarstellung und Sachstandsberichte zu den einzelnen Vorgängen einen erheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand bedeute.

Dann habe es Konsens in der Ausschusssitzung gegeben, dass eine einfache Auflistung zum aktuellen Bearbeitungsstand der einzelnen Vorgänge ausreichend sei.

Dies wurde auch von der antragstellenden Fraktion noch mal bestätigt.

Herr Reinhard Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) empfand auch den Verwaltungsaufwand, den dieser Antrag nach sich ziehen würde, für unangemessen hoch. Seine Fraktion habe bisher aufgrund der Informationen durch die Verwaltung immer den aktuellen Sachstand erfahren können und somit auch kein Transparenzproblem.

Nach weiteren Diskussionsbeiträgen und aufgrund der Empfehlung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses wurde wie folgt Beschluss gefasst:

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt:

Die Verwaltung der Gemeinde Weimar (Lahn) erstellt künftig einmal im Jahr und zwar zur letzten Sitzung der Gemeindevertretung vor der Sommerpause eine Übersicht in Form einer fortlaufend geführten Sachstandsdarstellung über den Bearbeitungsstand der Beschlüsse der Gemeindevertretung. Die Übersicht wird in der Einladung zur Sitzung der Gemeindevertretung als Anlage aufgenommen.

**Beratungsergebnis:** 14 Ja-Stimmen, 9 Gegenstimmen

**6. Neuwahl von zwei Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Weimar (Lahn) I**

Drucksache: 31/33/2012/11-16 1. Ergänzung

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, erläuterte die notwendige Vorgehensweise. Dem Direktor des Amtsgerichtes seien nach Ortsgerichtsgesetz die Bewerber vorzuschlagen, die mindestens mit der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung gewählt wurden. Es erfolgte geheime Wahl.

a) **Im 1. Wahlgang** standen folgende Bewerber zur Verfügung:

Wahlvorschlag A: Agricola, Manfred	=	5 Stimmen
Wahlvorschlag B: Scholz, Michel,	=	keine Stimmen
Wahlvorschlag C: Ritterpusch, Jutta	=	15 Stimmen

3 Stimmenthaltungen.

Damit ist Frau Jutta Ritterpusch gewählt.

b) **Im 2. Wahlgang** standen folgende Bewerber zur Verfügung:

Wahlvorschlag A: Agricola, Manfred  
Wahlvorschlag B: Scholz, Michel

Agricola erhielt 12 Stimmen, Scholz 8 Stimmen.  
3 Stimmenthaltungen.

Damit ist Herr Manfred Agricola gewählt.

**Beschluss:**

Dem Direktor des Amtsgerichts Marburg werden gemäß der vorgenommenen Wahl folgende Personen für das Amt des Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Weimar (Lahn) 1 vorgeschlagen: Frau Jutta Ritterpusch und Herr Manfred Agricola.

**Beratungsergebnis:** Siehe Abstimmung zu a) und b)

## 7. **Bürgerbus**

Drucksache: 30/3/2014/11-16

Auch hier berichtete der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Dr. Christian Dittrich, von den Beratungen. Die Einrichtung des Bürgerbusses werde uneingeschränkt als positive Einrichtung dargestellt, so Dr. Dittrich, jedoch müsse man jeweils die Kostensituation im Auge behalten. Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung, zunächst eine Verlängerung des Betriebes bis 31.12.2017, also für weitere 3 Jahre zu beschließen.

Herr Reinhard Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) wies auf die positiven Merkmale des Bürgerbusses hin und stellte sich eine Optimierung insofern vor, dass ein täglicher Betrieb des Bürgerbusses möglich wäre, weiterhin mit komfortableren Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten, also auch für Behinderte. Optimal wäre, so Herr Ahrens weiter, ein Linienkonzept für den Südkreis zu erstellen mit den Nachbarkommunen. Er stelle sich vor, dass dieses Projekt auch ein Punkt für das neu zu erstellende Programm der Region Marburger Land aufgeführt und hierfür Leader-Mittel in Anspruch genommen werden könnten.

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender CDU) erklärte, dass er nicht versäumen wolle, dem Team der ehrenamtlichen Fahrern Dank für die vielzählig geleisteten ehrenamtlichen Stunden zu übermitteln.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, die Einrichtung des Bürgerbusses über den 31.12.2014 hinaus für weitere drei Jahre aufrecht zu erhalten (Genehmigungsvorbehalt Regierungspräsidium).

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

## 8. **Kindergartenplanung ab Sommer 2014**

Drucksache: 11/16/2014/11-16

Auch dieser Sachverhalt war Thema in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, so dass der Vorsitzende, Herr Dr. Christian Dittrich, darüber berichten konnte.

Im Ausschuss sei hauptsächlich über die Gebührenerhöhung diskutiert worden, die auch Folge der Tariferhöhung im Öffentlichen Dienst sei. Darüber hinaus sei diskutiert worden über die bisher sachgrundbefristeten Arbeitsverträge der Erzieherinnen, die nun in unbefristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden müssten. Die Berechnung des Personalbedarfes sei ebenfalls Diskussionspunkt gewesen, die allerdings hätte aufgeklärt werden können. Ein weiteres Thema seien die Kindergartenberichte gewesen.

Frau Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) habe im Ausschuss vorgeschlagen, künftig auf die Kindergartenberichte zu verzichten

und statt dessen entsprechende Gesprächsrunden mit Erzieherinnen, Verwaltung und Elternvertreter durchzuführen.

Frau Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass ihre Fraktion diesen Beschlussvorschlägen und dieser Entwicklung nicht mit Begeisterung zustimmen werde. Natürlich sei es für die Eltern wichtig, auch in Zukunft Planungssicherheit zu haben. Nach ihrer Ansicht sei es außerdem nicht Thema des Gemeindeparlamentes, über befristete oder unbefristete Arbeitsverträge zu beschließen, sondern dies sei Angelegenheit des Gemeindevorstandes.

Ihre Fraktion rechne damit, dass dieses Angebot, welches die Gemeinde jetzt unterbreite, auf Dauer nicht finanzierbar sei. Grundsätzlich, so ihre Forderung, sollte die Kinderbetreuung grundsätzlich dem Bereich der Kulturhoheit des Landes zugewiesen werden und damit, ebenfalls wie die Schulen, für die Eltern kostenfrei sein.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) erklärte, dass seine Fraktion die empfohlene Beschlussfassung begrüße. Nach Meinung seiner Fraktion sei die Gemeinde hier auf dem richtigen Weg.

Darüber hinaus, so Herr Wenz weiter, möchte seine Fraktion nicht auf die Berichte der Kindergartenleitung verzichten, da sie immer hilfreiche Aussagen enthalten hätten.

Herr Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender FDP) und Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) bestätigten die aus ihrer Sicht erfreuliche Entwicklung, wobei Herr Fischer betonte, dass es sicherlich wünschenswert sei, dass das Land die Kosten der Kindergärten übernehme und Herr Heuser ergänzte, dass sich seine Fraktion über den finanziellen Aufwand im Klaren sei, er sehe jedoch nach wie vor hier die Möglichkeit einer positiven Entwicklung der Gemeinde.

Auf die weitere Frage von Frau Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen), wo die Kindergruppe „Fliegenpilz“ in dem Gesamtgefüge der Kinderbetreuung ihren Platz finde und der Bestand in Zukunft gewährleistet sei, antwortete Bürgermeister Eidam, dass die Gemeinde sehr wohl ein Interesse daran habe, die Kindergruppe „Fliegenpilz“ zu unterstützen. Von Seiten des „Fliegenpilzes“ liege ein weiterer Antrag zur weiteren finanziellen Unterstützung vor und es würden derzeit Gespräche über entsprechende Möglichkeiten geführt.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) stellte den Antrag, über die einzelnen Beschlussempfehlungspunkte des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses getrennt abstimmen zu lassen.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Die kommunalen Kindergärten bleiben gemäß des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 04.07.2013 täglich von 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr geöffnet. Die derzeit bestehenden Angebotsformen werden beibehalten. Unmittelbar vor der Inbetriebnahme der zentralen Einrichtung zur Betreuung der Kinder vom 1. bis zum 3. Lebensjahr ist eine erneute ergebnisoffene Evaluierung durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:** 19 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

2. Die Kindergartengebühren werden mit Beginn des Kindergartenjahres 2014/2015 aufgrund der Tarifierpassung gemäß der beiliegenden Anlage angepasst.

**Abstimmungsergebnis:** 18 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen

3. Der Beschluss vom 04.07.2013 wird im Hinblick auf die Umwandlung der befristeten Arbeitsverhältnisse in unbefristete Arbeitsverhältnisse gemäß der beigefügten Anlage bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:** 16 Ja-Stimmen, 7 Enthaltungen

4. Aufgrund der Evaluierung zum 01.03.2014 wird für das Kindergartenjahr 2013/2014 auf die Vorlage weitergehender Kindergartenberichte verzichtet.

**Abstimmungsergebnis:** 13 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

**Beratungsergebnis:** Siehe Punkt 1 bis 4

## 9. Neufassung der Verwaltungskostensatzung

Drucksache: 10/1/2014/11-16

Bürgermeister Eidam erklärte hierzu, dass die derzeit geltende Verwaltungskostensatzung 10 Jahre alt sei und dadurch hauptsächlich im Hinblick auf die Anpassung der Gebührensätze eine Neufassung notwendig werde. Bei dem Entwurf handele es sich um die Mustersatzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, an die man sich aus rechtlichen Gründen halten sollte.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) stellte den Antrag auf Überweisung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung überweist den vorliegenden Entwurf der Neufassung der Verwaltungskostensatzung zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

## 10. Antrag des Gemeindevertreters Kurt Barth vom 28.04.2014 betreffend „Resolution zur geplanten Übertragung der Kommunalaufsicht auf die Regierungspräsidien“

Drucksache: 11/17/2014/11-16

Herr Kurt Barth (Vorsitzender der Gemeindevertretung) stellte seinen Antrag vor: Die Gemeindevertretung der Gemeinde Weimar (Lahn) beschließt die nachstehende Resolution:

Die neue Hess. Landesregierung plant laut dem Koalitionsvertrag der sie tragenden Parteien eine Übertragung der Kommunalaufsicht in Hessen an die drei Regierungspräsidien in Kassel, Gießen und Darmstadt.

Damit würden die Landrätinnen und Landräte in Hessen ihre behördliche Sonderstellung als Behörde der Landesverwaltung i. S. d. § 136 Hess. Gemeindeordnung i. V. m. § 55 Hess. Landkreisordnung (HKO) verlieren. Insbesondere die Aufgaben der Kommunal- und Finanzaufsicht über die kreisangehörigen Kommunen sowie die Aufsicht über Zweckverbände würden

wohl auf die obere Kommunalaufsicht verlagert werden.

Die Gemeindevertretung hat erhebliche kommunalpolitische und -rechtliche Bedenken bezüglich der geplanten Aufgabenverlagerung. Dies gälte auch, wenn ein wirtschaftlicher Vorteil nachgewiesen wäre.

Die im Grundgesetz und der Hessischen Landesverfassung verankerte kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden setzt insbesondere die Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten bei der Ausübung der Staats- und Rechtsaufsicht über die Kommunen voraus. Dies wäre bei einer Verlagerung von der Landkreis- auf die Regierungspräsidiumsebene nicht mehr gegeben.

Die Gemeindevertretung stellt fest, dass die Kommunalaufsicht bei der Landrätin /dem Landrat des Landkreises Marburg-Biedenkopf sich seit jeher durch hochqualifizierte und effektive Arbeit auszeichnet. Die hiesige Kommunalaufsicht setzt vor allem auf Kommunikation, Beratung und Unterstützung der beaufsichtigten Städte und Gemeinden sowie Verbände und ist von gegenseitiger Akzeptanz und Wertschätzung geprägt.

Die Gemeindevertretung betrachtet die beabsichtigte Verlagerung der Kommunalaufsicht als einen inakzeptablen Standortnachteil, der nicht nur für die Städte und Gemeinden, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger mit längeren, ortsfernen bürokratischen Zuständigkeiten und Abläufen verbunden sein würde. Eine rein formale, kommunalferne und verstärkt repressive Ausrichtung der Aufsicht ist zu befürchten.

Die Gemeindevertretung fordert daher die Abgeordneten aller Fraktionen im Hessischen Landtag auf, einer weitergehenden Verlagerung der Kommunalaufsicht auf die Regierungspräsidien nicht zuzustimmen.

Die Hessische Landregierung wird aufgefordert, sich für die Beibehaltung der derzeitigen Struktur der Kommunal- und Finanzaufsicht in Hessen einzusetzen. Wir erwarten, dass die derzeitigen Strukturen der Kommunal- und Finanzaufsicht im Bestand dauerhaft gesichert werden und dass die aktuell übertragenen Aufgaben der Finanzaufsicht für die kreisangehörigen Gemeinden und Städte, die sich im kommunalen Schutzschirmprogramm befinden, auf die Landkreise zurück übertragen werden.

Herr Reinhard Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass seine Fraktion mit der Verlagerung der Kommunalaufsicht auf die Regierungspräsidien keine Probleme habe, was ebenso von Herrn Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender CDU) für seine Fraktion keine Tragweite habe, wobei Herr Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) für seine Fraktion Bedenken äußerte in der Form, dass er durch diese Verlagerung von Aufgaben einen ersten Schritt zu einer weiteren geplanten Gebietsreform sehe, so dass seine Fraktion diesen Antrag zur Resolution unterstützen werde.

Herr Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender FDP) vertrat die Meinung, dass man hier absolut verschiedener Meinung sein könne und Vor- und Nachteile zu verzeichnen seien. Er sehe jedoch aufgrund der räumlichen Nähe und dadurch besseren Kenntnis der Strukturen einer Gemeinde Vorteile für die Kommunen.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung unterstützt den vorstehenden Antrag des Gemeindevertreters Kurt Barth betr. „Resolution zur geplanten Übertragung der Kommunalaufsicht auf die Regierungspräsidien“:

**Beratungsergebnis:** 9 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen, 1 Stimmenthaltung

## 11. Anfragen

1. Frau Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) fragte,
  - a) ob es bereits Informationen bezüglich der Genehmigung zum Haushalt gebe, worauf Bürgermeister Eidam erklärte, dass die Aufsicht bisher keine inhaltlichen Auskünfte erteilt habe.
  - b) Frau Lydia Schneider fragte weiter, ob Informationen darüber vorlägen, dass es Veränderungen/Verschlechterungen bei der Schulbetreuung an der Grundschule Fronhausen gebe, worauf Bürgermeister Eidam antwortete, dass ihm bisher keine Informationen vorlägen.
  - c) Sie erkundigte sich weiter, wie weit der Stand bezüglich der Altenhilfeplanung sei, worauf Bürgermeister Eidam antwortete, dass in Zusammenarbeit mit dem Moderator und dem Bürgerhilfeverein Weimar, mit Sitz in Wolfshausen, aktuell Gespräche geführt wurden. Er bat Frau Rita Rohrbach als zuständige Sachbearbeiterin, über den aktuellen Stand zu berichten.  
Frau Rohrbach erläuterte, dass man nach Gesprächen mit der Stabstelle Altenhilfe beim Kreis und mit Vertretern des Bürgerhilfevereins Weimar (Lahn) übereingekommen sei, einen Antrag zur Förderung einer Koordinatorenstelle zu stellen. Der Antrag sei im Entwurf fertig und könne in den nächsten Tagen an den Kreis weitergeleitet werden. Der Antrag wurde als notwendig erachtet, da Vertreter des Vereins sich nicht in der Lage sähen, aufgrund ihrer derzeitigen Vereinsstruktur die bisher noch nicht in Vereinen organisierten Helfergruppen der Gemeinde unter ihrem Dach zusammenzuführen, was aus versicherungsrechtlichen Gründen für notwendig erachtet werde. Sicherlich, so Frau Rohrbach, gehe einigen die Angelegenheit nicht schnell genug voran, jedoch lege man Schritt für Schritt kleine Puzzleteile zusammen, so dass die Angelegenheit einen stetigen Fortgang erreiche.
  - d) Frau Schneider kam auf den Besuch der gemeindlichen Delegation in der Partnergemeinde Slupca, Polen, zu sprechen und wollte wissen, nach welchen Kriterien die Fahrtteilnehmer ausgewählt wurden? Bürgermeister Eidam erklärte, dass Vertreter aus kulturellen, sportlichen und politischen Bereichen teilgenommen hätten. Er habe auch in einer der letzten Gemeindevertretersitzungen Einladungen an die Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern ausgesprochen. Über einen Gegenbesuch auf sportlicher Ebene mit Kindern und Jugendlichen sei bereits gesprochen worden.
2. Herr Andreas Kaletsch (SPD) erkundigte sich,
  - a) wann der Abbau der Ampelanlage im OT Oberweimar stattfinde und der für die Beleuchtung vorgesehene Mast aufgestellt werde. Bürgermeister Eidam antwortete, dass die zuständige Firma den

Abbautermin bereits mitgeteilt habe und in diesem Zusammenhang der Mast vom gemeindlichen Bauhof zur Beleuchtung errichtet werde. Das alles finde in der kommenden Woche (ab Montag) statt.

- b) Herr Kaletsch erkundigte sich weiter nach dem Rückbau und der Gestaltung der Ortsdurchfahrten Oberweimar und Niederweimar. In diesem Jahr seien ja bezüglich der Umgestaltung der Ortsdurchfahrt Oberweimar Mittel bereitgestellt. Er fragte, was bezüglich der Ortsdurchfahrten Oberweimar geplant sei.

Bürgermeister Eidam führte aus, dass mit dem Fachingenieurbüro der Sachverhalt besprochen wurde. In diesem Zusammenhang sei auch über die Gestaltung der Ortsdurchfahrt gesprochen worden. Die Gemeinde habe sich rechtzeitig Leitungsauskünfte eingeholt. Alle Versorger sind mit einzubinden. HessenMobil habe der Gemeinde bereits mitgeteilt und diese Information sei auch entsprechend weitergegeben worden, dass man eine Deckenerneuerung priorisiere. Nach dem gestrigen Termin könnten mit HessenMobil und dem zuständigen Ingenieur weitere Einzelheiten besprochen werden. Herr Kaletsch ergänzte noch, dass es ihm bei dem Umbau auch um die Absprache zu gestalterischen Elementen gehe.

Bürgermeister Eidam erklärte, dass auch durch den Ortsbeirat das Thema der Gestaltung eines Platzes an der Kreuzung Koblenzer Straße/Germershäuser Straße angesprochen wurde, der wohl traditionell dort bereits vorhanden war. Große Veränderungen der Straßenführung seien von Seiten der Gemeinde nicht geplant, auch an der Straßenbreite seien keine Veränderungen vorgesehen. Inzwischen sei jedoch vor einigen Tagen ein Planungsbüro vor Ort gewesen. Herr Ortsvorsteher Möller habe an dem Ortstermin teilgenommen. Evtl. könne bereits in der nächsten Gemeindevertretersitzung Näheres hierzu berichtet werden.

- c) In 2013, so Herr Kaletsch, wurde der Teilregionalplan „Wind“ vorgestellt. In einer Informationsveranstaltung sei auch bereits der Ortsbeirat informiert worden. Ein weiterer Termin soll nach der nächsten Offenlegung stattfinden.
- d) Herr Andreas Kaletsch erkundigte sich weiter nach der Maßnahme „Ausbau der Obergasse“ im OT Oberweimar, worauf Bürgermeister Eidam antwortete, dass die Gemeinde noch in Gesprächen stünde mit einem Grundstückseigentümer, der mit einer größeren Fläche Anlieger in der Obergasse sei. Nachdem dies soweit abgeschlossen sei, könne die Sanierung nun vorangetrieben werden.
- e) Auch hinsichtlich der Erschließung des Hohlweges in Oberweimar wollte Herr Kaletsch den aktuellen Sachstand wissen, worauf Bürgermeister Eidam erklärte, dass sich die Anlieger des Hohlweges gegen eine Sanierung ausgesprochen hätten. Herr Andreas Kaletsch bat den Bürgermeister, diese Angelegenheit noch mal zu prüfen, da nach seinem Kenntnisstand sich die Anlieger für einen Ausbau ausgesprochen hätten.
- f) Herr Kaletsch bat weiterhin um Auskunft über den Stand des Kindergartenneubaues im OT Niederweimar, worauf Bürgermeister

Eidam erklärte, dass der zuständige Mitarbeiter in der Gemeindeverwaltung mit den Arbeiten beschäftigt sei. Er gehe davon aus, dass alles fristgerecht erledigt werde. Der ganz aktuelle Stand könne mit dem Sachbearbeiter abgeklärt werden.

4. Herr Reinhard Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigte sich, ob es einen neuen Sachstand zur weiteren Verwendung des Bahnhofs in Niederwalgern gebe.  
Bürgermeister Eidam antwortete hierzu, dass verschiedene Mitarbeiter von DB Imm in der Verwaltung vorgeschlagen hätten, es allerdings einen Folgetermin geben müsste. Sobald konkrete Ergebnisse vorlägen, werde er berichten.
5. Herr Manfred Möller (CDU) erkundigte sich nach dem Gewerbegebiet Niederwalgern/Wenkbach und nahm Bezug auf die Mitteilung des Bürgermeisters, dass eine Bauvoranfrage für diese Fläche vorliege. Er würde gerne wissen, ob es hier bereits eine Stellungnahme des Kreisbauamtes gebe.  
Bürgermeister Eidam erklärte, dass eine Fläche aus dem Gewerbegebiet inzwischen veräußert sei. Für die weitere Fläche, für die eine Bauvoranfrage vorliege, gebe es laufend Gespräche mit dem Kreisbauamt.

## 12. **Verschiedenes**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, gab folgende Termine bekannt:

- a) Einladungen zu Veranstaltungen auf der Zeiteninsel am 17.05. von 10.00 bis 20.00 Uhr und am 18.05.2014 von 10.00 bis 18.00 Uhr,
- b) Kinder- und Jugendtag am 18.05.2014, von 11.00 bis 17.00 Uhr am Spielplatz Niederwalgern,
- c) Die nächste vorgesehene Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umwelt sei für den 28.05.2014 mit Besichtigung der gemeindlichen Friedhöfe vorgesehen.  
Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport am 07.07.2014,  
Ausschuss für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz am 08.07.2014,  
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 09.07.2014 und  
Gemeindevertretung am 17.07.2014,

Ende der Sitzung: 22.10 Uhr.

Der Vorsitzende:

Kurt Barth

Die Schriftführerin:

Rita Rohrbach